



Foto: dpa

SPITZENGESPRÄCH

Vernünftige **Lösungen** für Deutschland

Die CDU Deutschlands und der Deutsche Gewerkschaftsbund wollen künftig ihre Positionen stärker austauschen.

Dies ist das Hauptergebnis einer gemeinsamen Sitzung von CDU-Präsidiumsmitgliedern mit dem geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand. Das Treffen mit den Gewerkschaften sei in Anbetracht der zu bewälti-

genden Herausforderungen in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sehr wichtig gewesen. Ihr Gespräch mit Michael Sommer habe dazu gedient auszuloten, wo es im Vorfeld der anstehenden Reformen Gemeinsamkeiten gebe und welche fundamentale Unterschiede genannt werden müssten, führte Angela Merkel aus.

Fortsetzung Seite 2

INHALT

ANGELA MERKEL:
Schröder spricht nicht für
alle Deutschen
SEITE 3-4

FRIEDRICH MERZ:
Deutschland steckt in
einer tiefen Strukturkrise
SEITE 6

DOKUMENTATION:
Die Menschen wollen
keinen Krieg. Rede von
Angela Merkel im
Deutschen Bundestag

■ Spitzengespräch CDU/DGB: Vernünftige Lösungen für Deutschland (Titelgeschichte) ■ Laurenz Meyer zum Streit zwischen Wolfgang Clement und Florian Gerster: Hahnenkämpfe statt Arbeitsmarktpolitik (Seite 5) ■ Aktuelle Konjunkturdaten (Seite 5) ■ Frank Steffel: Ein Jahr Rot-Rot – ein verlorenes Jahr für Berlin (Seite 7) ■ Personalentscheidungen in Hessen und Niedersachsen (Seite 8) ■ „Wahlbetrugs“-Ausschuss: Der „Eiserne Hans“ bekommt Rostflecken (Seite 9) ■ www.angela-merkel.de: Die etwas andere Politik-Homepage (Seite 10) ■ Katherina Reiche, Thomas Rachel: Deutsche Spitzenforschung im Abstieg begriffen (Seite 11–12) ■ Martina Krogmann: Mehr Wachstum und Wettbewerb in der Telekommunikation (Seite 12) ■ Enquete-Kommission „Recht und Ethik der modernen Medizin“ ■ Konrad-Adenauer-Stiftung: Neue Studien vorgestellt (Seite 13)

IMPRESSUM



Fortsetzung von Seite 1

Die Vorsitzende der CDU Deutschlands zeigte sich nach dem Treffen erfreut über die Gesprächsbereitschaft der Gewerkschaften und brachte ihren Wunsch nach einem verstärkten Meinungsaustausch zum Ausdruck. DGB-Chef Michael Sommer wertete die Begegnung als einen Neustart zu einem rationalen Dialog. Bei dem Treffen, das der Formulierung einer Gesprächsagenda für ein Treffen des gesamten CDU-Präsidiums mit dem kompletten DGB-Bundesvorstand am 24. März diente, sei man eine Liste an Themen durchgegangen, über die es sich lohne zu sprechen. Michael Sommer begründete die Gesprächsbereitschaft der Gewerkschaften mit dem Hinweis, dass die Union mit ihrer Dominanz im Bundesrat schließlich über die Entwicklung Deutschlands wesentlich mitentscheide.

Die Aussprache sei rege, aber nicht ohne Kontroversen gewesen, berichteten die beiden Vorsitzenden übereinstimmend. So stünden die

Gewerkschaften dem CDU-Vorschlag ablehnend gegenüber, den Arbeitgeberbeitrag bei der Krankenversicherung festzuschreiben. Beim Kündigungsschutz seien die Gewerkschaften hingegen gesprächsbereiter. Michael Sommer bestätigte, dass beide Seiten einig seien, dass ein Manipulieren an den Schwellenwerten des Kündigungsschutzes überhaupt nichts bringe. Als Themen für das Treffen im März nannten die beiden Vorsitzenden die Gesundheitsvorsorge, das Arbeitsrecht und die Ausbildungssituation in Deutschland. In diesem Zusammenhang wies Angela Merkel darauf hin, dass angesichts der Wirtschaftslage die Zukunft vieler junger Menschen mit einem großen Fragezeichen versehen sei. Deshalb müsse die Zukunftsfähigkeit des deutschen Ausbildungssystems ganz oben auf der Tagesordnung stehen.

Neben Angela Merkel nahmen an dem Gespräch auf Seiten der CDU Laurenz Meyer und die stellvertretende Parteivorsitzende Antenne Schavan teil.

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-372, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333. Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Proffittich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

ANGELA MERKEL:

Schröder spricht nicht für alle Deutschen

Selten hat man das Gefühl, das Ende einer Epoche und den Beginn einer neuen Epoche hautnah zu erleben.

In diesen Wochen können die Menschen in allen Kontinenten unserer Welt genau das erleben. Begonnen hat der Wechsel der Epochen bereits mit dem 9. 11. 1989 und seinem Sieg der Freiheit und der Öffnung der transatlantischen Partnerschaft nach Osten, fortgesetzt wurde er am 11. 9. 2001 mit seiner von vielen Europäern in seinen Konsequenzen bis heute nicht voll erfassten Erschütterung der Vereinigten Staaten von Amerika. In der Folge dieser Einschnitte müssen Europa und die USA heute den nukleus ihrer bisherigen innen-, außen- und sicherheitspolitischen Grundsätze neu definieren.

Dabei sucht Europa seine Rolle. Einerseits übernimmt es weltweit Verantwortung, ob im Kosovo oder in Afghanistan, andererseits ist es zerstritten, vielleicht sogar gespalten. Da wird im Nato-Rat die Hilfe des Bündnispartners Türkei durch Frankreich, Belgien und Deutschland tagelang blok-



kiert und die Nato damit an den Rand ihrer Handlungsfähigkeit und Existenzberechtigung gebracht. Da wischt ein aus Wahlkampf-motiven von der deutschen Bundesregierung eingeschlagener deutscher Sonderweg die wichtigste Lehre deutscher Politik – nie wieder deutscher Sonderweg – scheinbar mühelos beiseite. Da werden die osteuropäischen EU-Beitrittsländer von der französischen Regierung angegriffen, nur weil sie sich unmissverständlich zur transatlantischen Partnerschaft Europas mit den Vereinigten Staaten von Amerika bekennen.

Aber dann gibt es auch das: Der EU-Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs am vergangenen Montag findet zu einer Einigung. Er verabschiedet auf der Grundlage der UN-Resolution 1441 eine einheitliche

und gemeinschaftliche Haltung der Europäer im Irak-Konflikt. Diese Einigung war überfällig. Sie zwingt die deutsche Bundesregierung zu einem ersten Kurswechsel ihrer Irak-Politik. Wir als parlamentarische Opposition in Deutschland begrüßen diesen Kurswechsel und erwarten, dass die deutsche Bundesregierung sich auch im UN-Sicherheitsrat entsprechend diesem EU-Beschluss verhält. Zweifel daran allerdings sind angebracht.

EU-Beschluss

Mit dem EU-Beschluss sind zwei Dinge wieder klar geworden. Erstens: Die vom Irak ausgehende Gefahr ist nicht fiktiv, sondern real. Zweitens: Nicht gegen, sondern nur gemeinsam mit den Vereinigten Staaten von Amerika muss Europa mehr Verantwortung für die Aufrechterhaltung des internationalen Druckes auf den irakischen Diktator Saddam Hussein übernehmen. Dazu gehört, wie es die Erklärung der EU-Staats- und Regierungschefs zum Ausdruck bringt, militärische Gewalt

als letztes Mittel zur Durchsetzung der UN-Resolutionen zu befürworten.

Es ist wahr: Krieg darf niemals ein gleichsam normales Mittel politischer Auseinandersetzung werden. Aber gerade die deutsche und europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts lehrt uns: So wenig militärische Gewalt gleichsam die normale Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sein darf, so wenig darf sie jemals als letztes Mittel gegenüber Diktatoren ausgeschlossen oder auch nur, wie von der deutschen Bundesregierung geschehen, in Frage gestellt werden. Wer militärische Maßnahmen als letztes Mittel ausschließt, der schwächt die unverzichtbare Drohkulisse gegen Diktatoren wie den des Irak und macht im Ergebnis einen Krieg nicht unwahrscheinlicher, sondern wahrscheinlicher.

Freiheit und Sicherheit

Das wiegt schwer, denn der Frieden ist ein überrasgendes Gut, für den jede Anstrengung lohnt. Aber wahr ist auch, dass verantwortungsvolle politische Führung in keinem Fall den geschützten Frieden der Zukunft gegen den trügeri-

schen Frieden des Tages eintauschen darf. Deshalb entscheidet sich an der Entschlossenheit und Geschlossenheit der freien Völker im Irak-Konflikt auch mehr als die Bewältigung dieses einen die Menschen so belastenden Konfliktes. An ihm entscheidet sich, wie wir nach dem 9. 11. 1989 und dem 11. 9. 2001 die Zukunft Europas und die Zukunft des Verhältnisses von Europa und den USA bestimmen wollen. An ihm entscheidet sich, wie wir – allein oder gemeinsam, entschlossen oder verzagt, mit unseren Partnern oder gegen sie – Frieden, Freiheit und Sicherheit garantieren und auf die neuen Bedrohungen unserer Zeit die angemessene Antwort finden. Ich bin überzeugt davon, dass Europa und die USA dazu auch in Zukunft den gemeinsamen Sicherheitsverbund wählen müssen. Die USA ist die einzig verbliebene Supermacht, aber auch die größte Supermacht wird auf Dauer auf verlässliche Partner angewiesen sein. Deutschland braucht die Freundschaft mit Frankreich, aber zum Segen wird sie auch in Zukunft nur gemeinsam mit unseren alten und neuen europäischen Partnern und innerhalb der transatlantischen Gemeinschaft mit den USA sein.

Staatsvernunft

Vorein paar Tagen war in einem Leitartikel der Süddeutschen Zeitung, einer großen überregionalen Zeitung in Deutschland, unter der Überschrift „Ende einer Freundschaft“ zu lesen: „Für Deutschland bedeutete ein dauerhafter Bruch mit Amerika wohl kaum eine Befreiung, sondern die Rückkehr in eine hässliche altneue Wirklichkeit, in die gänzlich ernüchterte Welt des alten Europa mit seiner Enge und Treulosigkeit. Dankbarkeit, Freundschaft mit Amerika: Das könnte sich in Zukunft noch als vernünftiges Gefühl erweisen.“ Für die Partei, die ich führe, ist die enge Partnerschaft und Freundschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika ebenso eine Grundessenz deutscher Staatsvernunft, wie es die europäische Integration ist. Gelingen aber kann beides nur, wenn neues Vertrauen aufgebaut und eigene Interessen formuliert werden. Eine verantwortbare Alternative zu diesem Weg am Beginn einer neuen Epoche unserer Welt gibt es nicht.

(erschieden in der Washington Post in der Ausgabe vom 20. Februar)

LAURENZ MEYER:

Hahnenkämpfe statt Arbeitsmarktpolitik

Zum Streit zwischen Bundesarbeitsminister Wolfgang Clement und dem Vorstandsvorsitzenden der Bundesanstalt für Arbeit, Florian Gerster, erklärte CDU-Generalsekretär:

4,6 Millionen Menschen ohne Job, eine Rezession droht, die Arbeitslosenquote steigt und steigt – doch der Wirtschaftsminister und sein Bundesanstaalts-Chef befassen sich mit kleinlichen Kompetenz-Streitereien. Wolfgang Clement und Florian Gerster tragen Hahnenkämpfe aus – auf dem Rücken der Arbeitslosen.

Seit mehr als einem Jahr müht sich Rot-Grün um eine Reform des Arbeitsmarktes.



Doch das Projekt klebt wie Har(t)z. Das Ergebnis: Nach mehr als vier Jahren im Amt kann die Regierung nur die desolate Bilanz einer Arbeitslosigkeit auf Rekordniveau vorweisen.

Statt endlich etwas zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu tun, beschäftigt sich Rot-Grün wieder einmal mit sich selbst. Die 4,6 Millionen Arbeitslosen in Deutschland brauchen jetzt

eine Regierung, die zügig die notwendigen Reformen auf dem Arbeitsmarkt auf den Weg bringt.

Nach dem Vorschlag, die Arbeitslosenstatistik zu schönen, verzettelt sich die Regierung weiter auf Nebenkriegsschauplätzen. Eine Reform der Bundesanstalt für Arbeit ist längst überfällig. Doch dazu ist Rot-Grün ebenso wenig in der Lage wie zu einer Wirtschafts- und Finanzpolitik, die Unternehmen und Bürgern die Freiräume gibt, in Deutschland zu investieren. Mehr als 4,6 Millionen Arbeitslose beweisen: Schönfärbereien und Bilanztricksereien sind das einzige, was Rot-Grün bisher zustande gebracht hat.

AKTUELLE KONJUNKTURDATEN: Die Deutsche Bundesbank gibt in Ihrem monatlichen Bericht bekannt, dass die Wirtschaftsleistung in Deutschland im vierten Quartal 2002 gegenüber dem Vorquartal leicht gesunken ist. Sollte sich dieser Trend im ersten Quartal 2003 fortsetzen, dann müsse von einer Rezession gesprochen werden. Der Deutsche Industrie- und Handelstag geht statt des bisher veranschlagten Wachstums von einem Prozent von einer Stagnation und von im Schnitt 4,4 Millionen Arbeitslosen aus. Die Revision der bisherigen Erwartungen erfolgte auf der Basis der jüngsten Konjunkturumfrage unter gut 25 000 Unternehmen. Nach den jüngsten Zahlen der Europäischen Zentralbank sieht Ifo-Chef Hans-Werner Sinn für Deutschland nicht die geringsten Chancen auf einen Aufschwung: „Die Wachstumskapazität, die durch Investitionen gestärkt wird und zur Schaffung von Arbeitsplätzen führt, ist in andere Länder abgewandert.“

FRIEDRICH MERZ:

Deutschland steckt in einer tiefen Strukturkrise

Deutschland stehe bei den Wachstumsaussichten erneut „am untersten Ende der Skala“ in der Europäischen Union, kritisierte Friedrich Merz in der Bundestagsdebatte zum Jahreswirtschaftsbericht.

Dies habe mit einem drohenden Konflikt im Irak „überhaupt nichts zu tun“, sondern mit der rot-grünen Wirtschaftspolitik seit vier Jahren. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende warf der Regierung grundsätzliche Versäumnisse vor. „Das war zu wenig, was sie heute geleistet haben“, sagte er. So bleibe die Bundesregierung etwa die Antwort auf die zentrale Frage schuldig, wie sich der Staatsverbrauch am Brutto sozialprodukt entwickeln solle. Wenn er in der bisherigen Höhe bleiben solle, werde sich nichts zum Besseren ändern.

An den Bundeswirtschaftsminister gewandt, fragte Friedrich Merz, warum dieser in seiner dreizehnminütigen Rede kein einziges Wort zu den 38.000 Unternehmenskonkursen im vergangenen Jahr verloren habe. Außerdem hätten



die deutschen Industrieunternehmen 2002 „überproportional an Wert verloren.“ In keinem Land auf dieser Welt sei der Wert der börsennotierten Aktiengesellschaften mit minus 44 Prozent so „dramatisch zurückgegangen wie in Deutschland.“ Damit hätten die deutschen Industrieunternehmen in nur einem Jahr fast die Hälfte ihres Börsenwertes verloren. Diese massiven Kursverluste hätten nicht nur Auswirkungen auf die Eigenkapitalausstattung der deutschen Unternehmen. Vielmehr werde durch diese Entwicklung auch die Altersvorsorge der Menschen „massiv beschädigt“.

Friedrich Merz sagte weiter, dass Rot-Grün den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts ratlos gegenüberstehe. Hinter der SPD-inter-

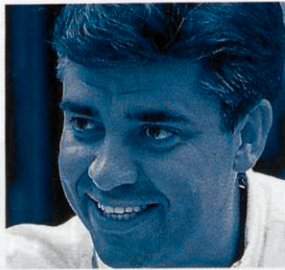
nen Diskussion über Änderungen beim Kündigungsschutz verberge sich eine „tiefgreifende Meinungsverschiedenheit“ bei den Sozialdemokraten über die künftige Sozial- und Wirtschaftspolitik. Friedrich Merz machte der rot-grünen Bundesregierung konkrete Vorschläge, denn wer die Reform nicht angehe, „wird morgen vor dem gesamten Trümmerhaufen der deutschen Tarifpolitik stehen“. Da sich Deutschland in einer tiefen strukturellen Wachstums- und Beschäftigungskrise befinde, müsse etwas geschehen. Friedrich Merz sprach sich erneut für eine Umgestaltung des Kündigungsrechts aus. Nach den Plänen der Union soll einerseits der Schutz für bestehende Arbeitsverhältnisse gesichert werden, andererseits sollen für Arbeitgeber, die einstellen wollen, Barrieren beseitigt werden. Konkret schlug Merz ein Optionsmodell für Neueinstellungen vor. Danach soll der Arbeitnehmer zwischen dem bisherigen Kündigungsschutz oder einer vom Gesetzgeber festgelegten Abfindung wählen können.

FRANK STEFFEL:

„Ein Jahr Rot-Rot – ein verlorenes Jahr für Berlin“

Die Versprechungen waren groß, als vor einem Jahr das erste Bündnis der Sozialdemokraten mit den Postkommunisten der PDS in der Hauptstadt geschmiedet wurde. „Mentalitätswechsel“, „Betroffene zu Beteiligten machen“, „Sparen, bis es quietscht“ – so die Ziele des neuen rot-roten Senats.

Doch heute sind die meisten nur noch betroffen. Die Bilanz ist bitter: Berlin erlebt die höchste Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung – über 300.000 Menschen sind ohne einen Job. Insgesamt sind in der Stadt sogar annähernd 1 Mio. Menschen von Transfers des Staates abhängig. Berlin hat ein Jahr mit der größten Insolvenz- und Abwanderungswelle renommierter Unternehmen hinter sich. Berlin hat bis heute nicht gespart, sondern allein im letzten Jahr über 6,5 Mrd. Euro neue Schulden gemacht. Heute stehen wir vor der gewaltigen Summe von 47 Mrd. Euro. Ein Jahr Rot-Rot und Berlin sieht schwarz. Beinahe täglich demonstrieren Schüler, Kindererzieher, Mitglieder aus Sportverei-



nen und von Gewerkschaften. Und warum? Weil dieser Senat seit 12 Monaten die Gesprächsatmosphäre mit den Betroffenen bewusst vergiftet hat. Politik gegen die Menschen!

Ein Jahr Rot-Rot und Berlin sieht schwarz. Dies jedoch positiv, denn die Union ist in den letzten Umfragen wieder stärkste Kraft in der Hauptstadt. Und warum? Weil wir die besseren Antworten auf die Probleme der Hauptstadt haben. Wir wollen Ideen statt Ideologien. Wir wollen Berlin neu denken.

Für uns gehört dazu auch ein Bürokratie-TÜV, Deregulierung, Abschaffung eines Drittels vorhandener und Befristung neuer Gesetze. Wir fordern Privatisierungen landeseigener Betriebe und Beteiligungen. Wir wollen den Großflughafen als inter-

nationales Drehkreuz im Süden Berlins. Wir wollen die Transrapidverbindung Berlin-Hamburg als erstes Teilstück einer transeuropäischen Achse, die später einmal über Warschau bis nach Moskau reichen könnte.

Aber vor allem wollen wir endlich mehr Steuerentlastungen für kleine und mittlere Unternehmen: Weniger Steuern bedeuten niedrigere Arbeitskosten, bedeuten mehr Arbeit, mehr Arbeitsplätze – also mehr Steuereinnahmen. Gleichzeitig senken wir die Zahl der Sozialhilfempfangender und damit die Staatsausgaben insgesamt.

Berlin muss als Metropole im Mittelpunkt eines zusammenwachsenden Europas am Vorabend der Erweiterung der Europäischen Union Magnet sein. Magnet für Menschen, die Aufbruch gestalten wollen. Die Stadt bietet alles, um noch heute damit zu beginnen. Vor allem aber hat Berlin eines: Menschen, die ihre Stadt mit allen Deutschen und allen Gästen teilen und nach dem Ende der SPD/PDS-Regierung wieder stolz sein wollen – auf ihre deutsche Hauptstadt.

Franz Josef Jung zum neuen Fraktionschef gewählt

Die neue Fraktion im Hessischen Landtag hat auf Vorschlag des Landesvorsitzenden, Ministerpräsident Roland Koch, mit 88,5 % der Stimmen Franz Josef Jung als neuen Fraktionsvorsitzenden gewählt.

Der neugewählte Fraktionsvorsitzende kündigte an, dass er alle Vorsitzenden der im Landtag vertretenen Fraktionen zu einem gemeinsamen Gespräch einladen werde. „Wir sollten die neue Legislaturperiode dazu nutzen, um über den parlamentari-

schen Stil im Umgang miteinander nachzudenken.“ Das schließe die harte parlamentarische Auseinandersetzung ganz sicherlich nicht aus: „Diese ist notwendig und sogar gefordert. Die Auseinandersetzung sollte hart in der Sache, aber fair im Umgang sein. Das wünsche ich mir für meine neue Aufgabe und sichere dieses ausdrücklich für die Fraktion zu.“ Die CDU werde den „erfolgreichen Kurs der letzten vier Jahre fortzusetzen“. Auch ohne den bisherigen Koalitionspartner

werde die CDU-Fraktion den eingeschlagenen Weg weitergehen. „Vor uns liegt eine große Herausforderung, wir haben uns viel vorgenommen und werden ab sofort mit Volldampf durchstarten.“ „Als Nachfolger des scheidenden Landtagspräsidenten Klaus Peter Möller, der sein Amt über rund 10 Jahre in seiner unnachahmlichen Art und vorbildlicher Weise geführt hat, wird Norbert Kartmann den Hessischen Landtag in sicheren Bahnen führen“, ist Jung überzeugt.

CDU IN NIEDERSACHSEN

David McAllister neuer Fraktionsvorsitzender

Die CDU-Landtagsfraktion in Hannover hat David McAllister mit überwältigender Mehrheit zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt.

Für den Generalsekretär der niedersächsischen Christdemokraten, der sein Parteiamt nur noch bis zum Sommer ausüben will, stimmten 84 der 89 anwesenden CDU-Landtagsabgeordneten. Parlamentarischer Geschäfts-

führer wurde Bernd Althusmann mit 75 Stimmen, der damit den designierten Innenminister Uwe Schünemann in seinem Amt ablöst. McAllister kündigte nach seiner Wahl für Niedersachsen eine schnelle Entbürokratisierung und Verwaltungsreform sowie einen zügigen Abbau von Vorschriften an. Tempo werde man auch bei der Verabschiedung eines neuen

Schulgesetzes und eines neuen Polizeigesetzes machen. Der 32-Jährige charakterisierte sich selbst als einen „Konservativ-Liberalen“, der für „mehr Eigenverantwortung und mehr Wettbewerb“ eintrete und den Staat auf seine Kernaufgaben beschränken wolle. Landtagspräsident soll Jürgen Gansäuer werden; er wurde mit 88 Stimmen bei einer Enthaltung nominiert.

Laurenz Meyer: Der „eiserne Hans“ bekommt Rostflecken

Zur Aussage von Bundesfinanzminister Hans Eichel vor dem Untersuchungsausschuss erklärte der CDU-Generalsekretär:

Im Untersuchungsausschuss wurde Schröders „eiserne Hans“ windungsfähig wie Kupferlitze: Aus purer Wahltaktik hat der Finanzminister die Defizit-Warnungen seiner Beamten im Ministerium in der Versenkung verschwinden lassen.

Während die Wirtschaftsforschungsinstitute ihre Konjunkturprognosen reihenweise nach unten korrigierten, verkaufte Eichel entgegen besserem ministeriellen Fach-Wissen Öffentlichkeit und Abgeordnete für dumm.

Heute ist klar: Eichel wird in die deutsche Wirtschaftsgeschichte nicht nur als größter Kaputtspärer der Konjunktur eingehen. Der Minister muss sich auch den

Vorwurf gefallen lassen, wie kein zweiter Finanzminister Tatsachen verschwiegen zu haben.

Jetzt ist Gerhard Schröder gefragt: Der Bundeskanzler und SPD-Vorsitzende muss den Verdacht ausräumen, dass er seinen einstigen Vorzeigeminister dazu verdonnert hat, Parlament und Öffentlichkeit bewusst über die wahre Lage im Unklaren zu lassen.

HANS EICHEL'S LÜGEN:

Eichel in der Bundestagsdebatte am 12.9.2002

■ „Nach 21,1 Milliarden Euro in diesem Jahr bleibt es bei der für 2003 geplanten Neuverschuldung in Höhe von 15,5 Milliarden Euro. An diesem Wert werden wir festhalten.“

Fakt ist: Tatsächlich wusste BM Eichel zu diesem Zeitpunkt bereits seit rund 6 Wochen, dass alle Fachleute seines Hauses für 2002 eine Neuverschuldung von 33 Mrd. Euro und für 2003 von 18,5 Mrd. erwarteten.

■ „Wir sind auf dem Weg zu einem gesamtstaatlichen Haushalt ohne Neuverschuldung.“

■ „Wir stehen trotz aller Finanzengpässe fest zum Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt.“

Fakt ist: Tatsächlich hatte das zuständige Referat bereits im Juli ein Ansteigen des Maastricht-Risikos auf 3,3 bis 3,4 Prozent vorausgesagt.

■ „Für das Gesamtjahr 2002 erwarte ich weiterhin eine reale Wachstumsrate von einem Dreiviertelprozent.“

■ „Wir befinden uns also auf einem gesicherten Wachstumspfad.“

■ „Tatsächlich liegen wir im Wachstum bereits wieder deutlich über dem vergangenen Jahr.“

Fakt ist: Tatsächlich gab es seit Jahresmitte und verstärkt seit August, eine Fülle von Anzeichen, dass der erwartete Aufschwung ausbleiben werde. Alle wichtigen Indikatoren zeigten nach unten.

Eichel in der ARD-Sendung vom 17.9.2002

■ „Ich bin sicher, es gibt keinen blauen Brief aus Brüssel.“

Fakt ist: Tatsächlich hatten die zuständigen Fachleute das Maastricht-Risiko bereits Mitte Juli auf 3,3 bis 3,4% geschätzt und diese Prognose seither nicht mehr verändert.

„Die etwas andere Politik-Homepage!“

Treffender als Bild-Online kann man den neuen Internet Auftritt von Angela Merkel, nicht bezeichnen.

Die neue persönliche Homepage www.angela-merkel.de ist Ausdruck dafür, dass die Zeiten endgültig der Vergangenheit angehören, als Online-Auftritte als notwendiges Übel oder primitive digitale Visitenkarten belächelt worden sind. Dass der Benutzer einen Lebenslauf des Politikers oder die Möglichkeit vorfindet, dem Politiker eine E-Mail zu schreiben, bedarf keiner Erwähnung mehr. Regelmäßige Aktualisierung, eine durchdachte Programmierung, ein anspruchsvolles, aber nicht überfrachtetes Layout, vor allem aber ein interessant aufbereiteter Inhalt sind jedoch Eigenschaften einer Politiker-Homepage, die nicht selbstverständlich sind und mit der sich die neue Seite www.angela-merkel.de von der Masse der bekannten Online-Auftritte abhebt.

Bereits auf der Eingangsseite wird der Besucher durch eine klare Navigation und eine ansprechende Optik auf das Wesentliche gelenkt. Mit einem charmanten Lächeln auf einem s/w-Foto, wie man es auf einer Politiker-Home-



page nicht erwarten würde, wird er von Angela Merkel begrüßt.

„Politik ohne Lüge“

Von dem optischen Aufmacher in der Mitte des Bildschirms fällt der Blick auf den Button „Politik ohne Lüge“, den inhaltlichen Schwerpunkt von www.angela-merkel.de. Dieses Projekt ist der ehrgeizige Versuch einer vollkommen neuen Form der Online-Kommunikation. Prominente Personen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur konnten von Angela Merkel gewonnen werden, ihre Gedanken zu dem Thema „Politik ohne Lüge“ darzustellen. Ziel ist es, Politik einmal aus einer vollkommen neuen Sicht aufzubereiten und eine Diskussion mit

den Bürgerinnen und Bürgern anzustoßen. Den Auftakt zu dem Dialog im virtuellen Raum haben Jürgen Kluge, Deutschlandchef der Unternehmensberatung McKinsey, und der Direktor des Max-Planck-Instituts für Hirnforschung, Wolf Singer, gemacht. Ihre Ausführungen sind der beste Beweis dafür, dass politische Online-Präsentationen nicht langweilig sein müssen, sondern durchaus etwas Unerwartetes und Überraschendes in sich bergen können. Aber der Nutzer wird auch das finden, was er auf Politiker-Seiten zu finden erhofft: Reden, Aufsätze und Artikel nach Themen geordnet, einen umfangreichen Lebenslauf, die verschiedenen Kontaktmöglichkeiten mit der Partei- und Fraktionsvorsitzenden sowie eine Terminübersicht und eine Linkliste.

KATHERINA REICHE, THOMAS RACHEL:

Deutscher Spitzenforschung droht Ausstieg aus Champions League



Nach einem Informationsgespräch mit dem Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft, Prof. Dr. Peter Gruss, zur aktuellen Situation der deutschen Wissenschaftsorganisationen erklärten die forschungspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Bundestagsausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung:

Auf Grund der falschen Weichenstellung der rot-grünen Bundesregierung und der Nichteinhaltung noch im Juni vergangenen Jahres in der Bund-Länder-Konferenz gemachter Zusagen sieht die Max-Planck-Gesellschaft die deutsche Spitzenforschung akut gefährdet. Der „brain drain“ in die USA geht weiter. Die deutsche Spitzenforschung steht kurz davor, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren.

Der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, Prof. Dr. Gruss, wies eindringlich darauf hin, dass nunmehr rund 20 Abteilungen und

ganze Institute schließen müssten, weil sich die Bundesregierung nicht an ihre Zusagen gehalten hat. Von den Kürzungen werden alle Bereiche der deutschen Spitzenforschung von Max Planck betroffen sein. In den nächsten 6 Jahren summiert sich allein durch diese Fehlentscheidung der Bundesregierung ein Fehlbetrag von rund 175 Millionen Euro auf.

Der Max-Planck-Gesellschaft waren über 14 Millionen Euro mehr zugesagt, den Zentren der Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft über 36 Millionen Euro mehr, den Forschungseinrichtungen der Leibniz Gemeinschaft rund 6 Millionen Euro mehr, dem Akademienprogramm eine Millionen Euro mehr und der Deutschen Forschungsgemeinschaft rund 25 Millionen Euro mehr. Der jetzt von Frau Bulmahn avisierte Zuwachs von rund 9 Millionen Euro ausschließlich für die DFG ist ein Tropfen auf den heißen Stein und völlig unzureichend.

Im Übrigen waren die Zuwachsraten für die Wissen-

schaftsorganisationen von bis zu 3,5 Prozent noch im Bundeshaushaltsplan 2003 (Bundestagsdrucksache 14/9750) eingestellt. Mit der Bundestagswahl im September wurden diese Zusagen schlagartig zurückgenommen. Somit ist ein weiterer Fall für den „Lügenausschuss“ des Deutschen Bundestages gegeben.

Die Unionsfraktion besteht darauf, dass die Bundesregierung ihre Zusagen einhält und die Haushaltsansätze für alle Wissenschaftsorganisationen gemäß den Vereinbarungen in der Bund-Länder-Konferenz vom 17.6.2003 um 3 bzw. 3,5 Prozent erhöht. Es gibt im Bildungs- und Forschungshaushalt Einsparmöglichkeiten in Haushaltstiteln, in denen Geld für ineffektive Querschnittsaktivitäten und Subventionen für rot-grüne Klientelorganisationen ausgegeben wird. Dort gibt es ausreichende Ausgleichsmöglichkeiten, um die Unterstützung für die deutschen Forschungsorganisationen sicherzustellen. Die Unions-

fraktion hat dies mit entsprechenden Änderungsanträgen zum Einzelplan 30 des Bundeshaushaltes 2003 beantragt, die allerdings mit rot-grüner Mehrheit – ohne Vorlage eigener Alternativen – im Fachausschuss abgeschmettert wurden.

Mit dem Vorhaben von Rot-Grün wird das Klima für Innovationen in Deutschland gravierend verschlechtert. Mit dieser falschen Weichenstellung wird Deutschland von der internationalen Entwicklung abgekoppelt.

MARTINA KROGMANN:

Mehr Wachstum und Wettbewerb in der Telekommunikation

Zum Jahresbericht 2002 der Regulierungsbehörde erklärte die Internet-Beauftragte und Berichterstatterin für Telekommunikation:

Der Jahresbericht 2002 der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post zieht für die Zukunftsbranche Telekommunikation eine besorgniserregende Bilanz: Ende 2002 arbeiteten rund 230 000 Menschen in der Telekommunikationsbranche – das sind



5 % weniger als im Vorjahr. Bei Konkurrenzunternehmen der Deutschen Telekom sind damit 12 000 Jobs wegfallen, das ist jeder 5. Arbeitsplatz. Die Umsätze der Branche stiegen laut Regulierer um 3 % auf 61 Mrd. Euro – das ist aber der geringste Zuwachs seit Marktöffnung. Völlig unzureichend ist nach wie vor die Wettbewerbsentwicklung im Festnetz. Nur 4,4 % aller Telefonanschlüsse entfallen auf die Wettbewerber. Im Bereich der DSL-Anschlüsse hat die Telekom einen Marktanteil von 94 %, der Anteil der Wettbewerber liegt bei diesen schnellen Internetanschlüssen nur bei 6 %. Nach fünf Jahren Liberalisierung sind diese Zahlen alles andere als zufriedenstellend.

Um so wichtiger ist für die gesamte Branche die anstehende Novellierung des Telekommunikationsgesetzes. Die TKG-Novelle muss ein eindeutiges Zeichen für einen nachhaltigen, funkti-

Zu ihrem Sprecher in der Enquete-Kommission „Recht und Ethik der modernen Medizin“ hat die Unionsfraktion **Thomas Rachel** gewählt. Als Stellvertretenden Kommissionsvorsitzenden hat die Unionsfraktion **Hubert Hüppe** vorgeschlagen. Des Weiteren wird die CDU/CSU-Bundestagsfraktion folgende Mitglieder entsenden:
Ordentliche Mitglieder:
 Julia Klöckner
 Barbara Lanzinger
 Andrea Voßhoff
Stellvertretende Mitglieder:
 Vera Dominke
 Ingrid Fischbach
 Markus Grübel
 Helmut Heiderich
 Dr. Martin Mayer

onfähigen Wettbewerb setzen. Der Markt kann nur wachsen und wieder zum Innovationsmotor für die gesamte Volkswirtschaft werden, wenn ein gesunder Wettbewerb herrscht. Nur dann bekommen wir eine win-win-Situation für alle: für die Deutsche Telekom, für die Wettbewerber, für die Verbraucher – und für mehr Wachstum und Beschäftigung in Deutschland.

Neue Studien vorgestellt

Zukunftsforum Politik



Zukunftsforum Politik



Zukunftsforum Politik



Nr. 51
Föderalismusreform:
Föderalismus in Europa II



Konrad
Adenauer-
Stiftung

■ **Zukunftsforum Politik, Nr. 46** – Pisa-E und was nun? Bilanz des innerdeutschen Schulvergleichs. Diese Analyse ist der ehrgeizige Versuch, Antworten auf die wichtigsten bildungspolitischen Fragen zu geben.

■ **Zukunftsforum Politik, Nr. 47** – Wollen Frauen den neuen Mann? Traditionelle Geschlechterbilder als Blockaden von Geschlechterpolitik - Eine Studie, die den Ursachen auf den Grund geht, warum Leitbilder, die sich an Beruf und Familie orientieren, immer noch die traditionellen Rollenbilder bestimmen.

■ **Zukunftsforum Politik Nr. 48** – Die repräsentative Demokratie und die Macht der Medien. Konferenzband der VI. Rechtspolitischen Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung (23.–24. November 2002).

■ **Zukunftsforum Politik, Nr. 49** – Gesundheitspolitik

und öffentliche Meinung – In fünf Aufsätzen werden die Probleme rund um eine grundlegende Gesundheitsreform beleuchtet.

■ **Zukunftsforum Politik Nr. 50** – Föderalismusreform: Föderalismus in Europa I und

■ **Zukunftsforum Politik, Nr. 51** – Föderalismusreform: Föderalismus in Europa II. Beide Studien sind Ergebnis des Projektes „Föderalismusreform“, in der die Konrad-Adenauer-Stiftung die in der Wissenschaft und Politik geführte Frage von Dezentralisierung und Föderalisierung diskutiert.

Weitere Infos auf: www.kas.de

BESTELLUNGEN:

- per E-Mail:
elisabeth.enders@kas.de
- per Fax: 02241/246 294

Bis zu drei Hefte sind kostenlos erhältlich. Ab vier Heften werden drei Euro als Schutzgebühr (inklusive Versandkosten) berechnet.



Basecap

Bestell-Nummer: **H017**
Preis je **1 Stück: 3,80 €**
inkl. MwSt.: 4,41 €

Fahne

1,20 m x 3,00 m

Bestell-Nummer: **H018**
Preis je **1 Stück: 26,25 €**
inkl. MwSt.: 30,45 €



Briefpapier

DIN A4

Bestell-Nummer: **H019**
Preis je **500 Blatt: 14,80 €**
inkl. MwSt.: 17,17 €

Diese Artikel sind nur über die
Frauen Union direkt bestellbar!

CDU-Bundesgeschäftsstelle
Frauen Union
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin
Telefon: 0 30-2 20 70-4 52
Telefax: 0 30-2 20 70-4 39
E-Mail: fu@cdu.de
www.FRAUENUNION.de

Alle Preise zuzüglich Portokosten

Für Veranstaltungen/Pressegespräche/Empfänge

– Die neue Presse/Veranstaltungsrückwand –
ca. Breite 4,20m x Länge 2,40 m



Mit dieser Wand können sie schnell und flexibel jede Räumlichkeit im Handumdrehen professionell gestalten. Die Rückwand ist in einer sehr guten Qualität hergestellt und lässt sich leicht aufbauen.

Rückwand bestehend aus:

- 2 Aluminiumpfosten/Länge 2,35 m, Ø 80 mm – mit Tellerfuß
- 2 waagerechte Profile je 2 m lang mit Verbinder
- 2 vertikale Stoffrahmenspanner
- 1 Digitaldruck auf 300 g Nesselstoff/Grafikfläche 4,00 m x 2,25 m
- 1 Transportkiste/2,40 x 0,50 x 0,17 m – Sperrholzrahmen mit 2 Griffen und 4 Kistenverschlüssen

Gesamtladungsgewicht ca. 45 kg

Preise:

- Rahmengestell: 900,00 Euro
Einen Sonderposten von 12 gebrauchten Gestellen können wir zu einem Preis von 600 Euro pro Rahmengestell anbieten.
- Digitaldruck inkl. Konfektionierung: 545,00 Euro
- Transportkiste: 80,00 Euro

Wir bieten die Rückwand auch mit Ihrer eigenen individuellen Bedruckung an.

Alle Preise zzgl. Transport und Verpackung, sowie der gesetzlichen MwSt.

Weitere Informationen erhalten Sie unter der Telefonnummer: 030-220 70-381 oder per e-mail: yvonne.herrmann@cdu.de



Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.

Rot-Grün: Immer nur eine Idee.



Besser für die Menschen.



www.Wahl-Betrieb.de

Das ist die aktuelle Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten oder Infostand. Sie kann von allen Kreis-, Stadt- und Ortsverbänden als Jahresabonnement beim UBG-Medienzentrum bestellt werden.